

### **Ver.di kritisiert völlig unzureichende Beförderungsmöglichkeiten in der Landesverwaltung Thüringen**

Erfurt. Die Gewerkschaft ver.di kritisiert den Beschluss der Landesregierung, pro Jahr maximal 5 % der Beamtinnen und Beamten in der Landesverwaltung zu befördern.

Werner Theis, Fachbereichsleiter der Gewerkschaft, sagte: „Nach der zeitlichen Verschiebung der Tariferhöhungen um jeweils sechs Monate in den Jahren 2015 und 2016 ist dies eine weitere Entscheidung, die die Leistungen und das Engagement der Beamtinnen und Beamten in Thüringen missachtet.

Damit warten viele Beamtinnen und Beamte weitere Jahre auf eine Bezahlung, die ihrer Tätigkeit angemessen ist.“ Das Kabinett hat beschlossen, in den Jahren 2016 und 2017 insgesamt maximal 10 % der Beamtinnen und Beamten zu befördern.

Begründet wurde diese bundesweit einmalige Begrenzung mit Sparzwängen. Theis: „Gerade im Bereich des mittleren Dienstes, dem viele Beschäftigte des Justizvollzuges, der Polizei und der Verwaltung angehören, gibt es seit Jahren einen Beförderungsstau.

Die Beamten müssen nach den zeitlichen Verschiebungen der Tariferhöhungen ein weiteres Mal als Sparschwein herhalten.“ Das Kapital des öffentlichen Dienstes seien seine Beschäftigten. Anstatt deren Arbeit wertzuschätzen arbeite die Landesregierung gezielt daran, die Beschäftigten in der Landesverwaltung weiter zu demotivieren. Ver.di fordert eine Erhöhung der Beförderungszahlen auf mindestens 10 Prozent pro Jahr.

#### **Impressum:**

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di,  
Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen FB Bund und Länder,  
Werner Theis, Karl-Liebknecht-Str. 30-32, 04107 Leipzig Breiter Weg  
193, 39104 Magdeburg



Bund + Länder

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft